

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

195 (21.8.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-434235](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-434235)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat (einschl. Beleglohn) 5.50 Mark, bei Abholen von der Expedition 5.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 14.10 Mark, monatlich 4.70 Mark einschl. Beleglohn.

Republik

Preis 25 Pf.

Bei den Inseraten wird die einseitige Kleinstelle oder deren Raum für die Inserenten in Kürzungen-Wählkreisen und Umgebungen, sowie der Füllen mit 1,00 Mark berechnet, bei Wiederholungen entsprechender Kaffen. Kleinanzeigen 4.- Mk. Die Anzeigen sind unverzüglich zu begeben. Sonstige Inserate vorher erheben.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Sonnabend, 21. August 1920 * Nr. 195

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1265

Die Agrarfrage in Rußland.

In der letzten Nummer des Fin (Berlin W 57) schreibt Hr. Emil-Benario, ein guter Kenner Rußlands: Die Maßnahmen der russischen Sowjetregierung auf dem Gebiete der Nationalisierung der Industrie werden in Westeuropa mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Dagegen ruft die Lösung der Agrarfrage viel weniger Interesse hervor. Anders dort nicht verfahren werden, daß Rußland vor allem ein Agrarland ist, daß fast neun Zehntel seiner Bevölkerung aus Bauern bestehen und daß deshalb die eine oder andere Lösung der Agrarfrage für die weitere Entwicklung des Landes ausschlaggebend ist. Aus diesem Grunde hat auch die Erörterung dieser so wichtigen Angelegenheit in Deutschland auf allseitiges Interesse rechnen, ganz besonders heute, wo Rußland wiederum im Vordergrund allgemeiner Aufmerksamkeit steht.

Rußland die Volkswirtschaft am 25. Oktober 1917 sich der Staatsgewalt bemächtigt hatten, dekretierten sie die sofortige Aufhebung des Eigentumsrechts der Grundbesitzer am Lande. Da die Volkswirtschaft in der Agrarfrage kein eigenes festes Programm hatten, so hatten sie sich auf den Boden des Programms der Sozialrevolutionäre gestellt, dessen Inhalt damals mit ihnen in allen wichtigsten Fragen noch Hand in Hand ging. Dieses Programm forderte in seinem Hauptpunkt die Aufhebung eines jeden Privatbesitzes am Lande, also auch des bäuerlichen; das Land soll dem ganzen Volk gehören und es darf nicht verkauft, nicht gepachtet, nicht verpachtet und nicht verpfändet werden. In dem Dekret vom 26. Oktober, der vom zweiten Allrussischen Sowjetkongress angenommen wurde, ist auch das Programm der Sozialrevolutionäre zum Ausdruck gekommen. Im Punkt 1 der Konstitution zum Dekret heißt es: „Das gesamte Land wird ohne Entschädigung enteignet, als Eigentum des gesamten Volkes erklärt und allen denen, die es bearbeiten, zur Nutzung übergeben.“ Im Punkt 8 heißt es außerdem: „Das gesamte Land geht nach seiner Enteignung in den dem ganzen Volk gehörigen Landfonds über.“ Der Landfonds wird periodisch einer neuen Verteilung unterworfen in Abhängigkeit von der Zunahme der Bevölkerung und Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft.“

Somit sollte in Rußland nach dem Beschluß des genannten Kongresses der Grundbesitz an Grund und Boden aufgehoben werden; es sollte in Rußland eine Bauernschaft geschaffen werden, die das Land nur zur Nutzung, nicht aber in ihrem Besitz hat. Das Land sollte dabei dem Bauer nur auf einen bestimmten Termin übergeben, nach Ablauf dieses Termins sollten neue Verteilungen vorgenommen werden, damit durch die Veränderung der Bevölkerungsstärke keine in der Größe des Nutzungsbereiches beeinträchtigt würde.

In seinem „Programm der Kommunisten“ verteidigt Zuchatin die Notwendigkeit einer solchen Lösung der Agrarfrage folgendermaßen: „Was würde nach der Teilung von Grund und Boden zwischen einzelnen Bauern? Wer einigtes Geld erpart hat, wer stärker und reicher ist, der würde sich leicht in einen Baronien, Müllhaufen und Bucherer verwandeln, später stieg er noch höher, finge an, von denen, die verarmen, Grund und Boden aufzukaufen. Nach einiger Zeit würde sich das Dorf von neuem in Großgrundbesitzer, Grundbesitzer und Arme teilen. ... Diese neuen Grundbesitzer wären freilich nicht von Adel, sondern reiche Bauern, aber dieser Unterschied ist gering. ... Auf dem Wege der Teilung gibt es also keinen Ausweg. Dieser Ausweg findet sich nur im gesellschaftlichen Eigentum, im Eigentum des gesamten Volkes an Grund und Boden. ... Doch auch das genügt nicht. Man muß noch einer Einrichtung streben, daß Grund und Boden nicht nur gemeinsames Eigentum ist, sondern auch gemeinsam bearbeitet wird. ... Wenn man ohne gemeinsame Bearbeitung lebt, genügt man sich allmählich, den Grund und Boden als sein Privateigentum anzusehen.“

Um nun dieses Prinzip der gemeinsamen Bearbeitung durchzuführen, wurde das bekannte Dekret über die Bildung landwirtschaftlicher Kommunen veröffentlicht, deren Endziel die Umgestaltung der Landwirtschaft auf sozialistischer Grundlage bildet.

Es fragt sich nun, ist dieses Agrar-Programm der Kommunisten durchführbar oder nicht? Um den Ausfall einer relativen Volkswirtschaft zu erkennen, die Grund und Boden nicht nur des Gutsherrn, sondern auch des Bauern aufzuheben, haben die Volkswirtschaften die sogenannten „Komitees der Dorfarbeit“ (1) gegründet. Diese Komitees, die meist aus landlosen Bauern bestehen, hatten den Zweck, nicht nur für die rechnerische Abgrenzung des Gebietes zu sorgen, wie offiziell im Dekret verordnet wurde, sondern vor allem den Kampf gegen die mittleren und Großbauern aufzunehmen. Wegen Mangel an Raum können wir hier auf den Kampf, der sich im Dorfe entspannt und der über das unzufriedene Land ein unangenehmes Flend brauflüchteten hat, nicht genauer eingehen. Wir wollen nur das Ergebnis dieses Kampfes feststellen. Es nämlich im Winter 1919 die Sowjetmacht sich durch die erfolgreiche Offensive der Bauern bedroht sah, so entschloß sich die Sowjetregierung, den

Folgende Maßnahmen liegen vor: In Kattowitz ist der gebräuchlichste rußische Soldat. Die Spannung hielt an. Der Theaterplan ist durch französische Kavallerie und Infanterie mit einem Panzerzug besetzt worden. In Ostpreußen mit aufständigen Zeitergeordneten durchziehen die Stadt. Die Sicherheitskräfte erhebt Verbindungen. Italienische Truppen sind eingetroffen. Ihre Stärke ist unbekannt. Das Reichswehr-Kommissariat für Ostpreußen erließ einen Aufruf, worin die deutschen Oberbefehlshaber aufgefordert werden, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und Gewalt zu vermeiden.

Ein Teil der französischen Besatzung ist nach Kattowitz abgerückt. Der Rest bleibt vorläufig in den Räumen von Kattowitz. Der verhängte Belagerungsstand bleibt auf Veranlassung der Sicherheitskräfte bestehen. Es sind 2000 Mann italienische Truppen eingetroffen. Nach Preußen Nachrichten sollen italienische Truppen die französischen in Kattowitz abdrängen. In Ostpreußen sollen polnische Truppen zum Einsatz kommen. In Ostpreußen ist es schließlich, daß die Polen bereits einen vollständigen militärischen Operationsplan für Ostpreußen entworfen haben. So liegt ein Schluß über die Operationsausgangspunkte vor. Als solche sind in Aussicht genommen Elb, Beuthen, Tarnowitz und Siedenburg. Zur Bekämpfung der deutschen Besatzungen sollte ein Selbstschutz der Ostpreußen, Eisenbahn- und Industriearbeiter organisiert werden. Die Geheimorganisation hat für ein bewaffnetes Vorgehen in Ostpreußen zunächst 1000 Gewehre, 15 Millionen Patronen, 10 000 Schrapnellpatronen und 500 Pistolen notwendig. Ein flares Bild über die Kräfte der Schieferer in Ostpreußen wird auch heute noch nicht übermittelt. Es soll zunächst von polnischer Seite auf die Demonstrationen geschritten worden sein. Daraus anschließend haben sich die gemeldeten Szenen entwickelt.

Neue Vermögensbeschlüsse.

Aus Warschau wird gemeldet: Reichsminister Koch hat in einer großen Rede erklärt, daß zur Verwirklichung des Staatsbankrotts eine weitere Veranschaulichung des Vermögens sowohl wie der Vermögensgegenstände der Bauern werden erlassen müssen. Reichsminister Koch bezeichnete bei den Vermögens- und Steuerfragen die Veranschaulichung bis zu 70 Prozent und der Kriegsgewinne bis zu 25 Prozent.

So notwendig uns auch ein Reformmittel scheint, tragen wir doch einige Zweifel darüber, ob äußere, daß der Minister sich wirklich in sein entschlossenem Sinne ausgesprochen hat, was abgesehen davon, daß der Reichstag hier noch keine Schritte eingeleitet würde.

Polen und Rußland.

Allen Anschein nach wird es den Russen doch schwerer, Warschau zu nehmen, als es anfänglich glanzte. Die Polen haben jetzt einen energischer Widerstand organisiert, der die russische Offensive zum Stillen brachte. Die haben sogar den Russen einige kleiner Orte wieder abgenommen. Auch Straszburg in Ostpreußen ist wieder im Besitz der Polen. Nach polnischen Meldungen soll eine unmittelbare Gefährdung Warschaws durch die Russen nicht mehr bestehen. Die Bildung einer Sonderregierung in Polen wird amtlich demutiert. Eine englische Meldung lautet: Die Erfolge der polnischen Seite hängen auf dem rechten Flügel an. Die Truppen des Generals Pilsudski bezeichnen die russischen Kolonnen, die auf Warschau marschieren. Die französischen Offiziere spielen bei der polnischen Offensive eine immer wichtigere Rolle. ... Dain Szepel schreibt zur Lage auf dem Kriegsschauplatz: Der unerwartete Umschwung der Lage ist auf die Zustände zurückzuführen, daß der schnelle Vormarsch der russischen Truppen, die geschwächt und demoralisiert sind, durch den schnellen Rückzug der Polen auf die Stellungen von Warschau erzwungen wurde. Dort stehen die Russen auf starke Reiterbrigaden, gegen die sie ohne schwere Artillerie und Infanterie machtlos waren.

Kampf im Dorfe aufgegeben. Die „Komitees der Dorfarbeit“ wurden aufgelöst, und die mittleren Bauern nicht mehr als „Baronien und Dorfgrundbesitzer“ betrachtet, sondern als ein wichtiges Glied des wirtschaftlichen Volkes anerkannt. In einer am 4. April 1919 gehaltenen Rede hat Lenin unter anderem folgendes gesagt: „Einflussreiche Faktoren der landwirtschaftlichen Bewegung sind sich einig über die Notwendigkeit, zur Arbeit der ländlichen, mittleren Bauern hinzuzutreten, welche wir bisher für unfähig zu irgendwelcher Arbeit gehalten haben.“

Der Kampf zwischen den sogenannten „armen Bauern“, mit deren Hilfe die Volkswirtschaft ihre Ideen zu verwirklichen glaubten, und den mittleren Bauern, endigte somit mit dem Siege der letzteren. Dieser Sieg wurde damit gekrönt, daß Kolosin, ein mittlerer Bauer, zum Vorsitzenden des Zentralerziehungs-Komitees, des höchsten Organs der Sowjetregierung, ernannt wurde. Die unorganisierte, aber durch seine Bevölkerungszahl starke Bauernmasse hat den Anstoß der Volkswirtschaft auf das Dorf abgelenkt. Die Sowjetregierung ließ von nun an den Bauer mit ihren Sozialisierungsplänen in Ruhe. Bei der regellosen Aufteilung des Großgrundbesitzes, die sich in den ersten Tagen der Oktoberrevolution vollzogen hat und deren anarchische Tendenzen von den Volkswirtschaften leidet gefördert wurde, war nicht so sehr der landlose Bauer der gewinnende Teil, sondern vor allem der landbesitzende Bauer. Mit dieser unredlichen den Prinzipien des Dekrets vom 26. Oktober 1917 durch-

Neue Neutralitätskündigungen.

Aus der Schweiz wird gemeldet: Die Delegiertenversammlung der Internationalen des eigenständigen Personals in Zürich nahm eine Resolution an, worin es heißt: „Das eigenständige Personal in Zürich erachtet es als bringende Aufgabe, internationalen Solidarität zu üben und alle Waffen- und Kriegsmaterialtransporte durch die Schweiz zu verhindern. Sie fordert daher die Organisationen des schweizerischen Eisenbahnerverbandes und des Gewerkschaftsbundes auf, sofort von den obersten Bundesbehörden Garantien zu verlangen, daß keine Kriegsmaterialtransporte durch die Schweiz herbeigeführt werden. Die Personalarbeit fordert deshalb die sofortige Einsetzung von Gesamtkommissionen, die an der Grenze alle internationalen Transporte überwachen und unterbinden sollen. Sollten diese Garantien verweigert werden, so wird der schweizerische Eisenbahnerverband aufgefordert, Abwehrmaßnahmen einzuleiten.“

Der Vermittlungsversuch des allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes in Zürich, ein „Wahrs“, in dem er gegen die Kündigung der beiden englischen Reitervertreter Einspruch erhebt. Er übermittelt dem englischen Sekretariat seine kräftigen Grüße und vertritt die des engsten Zusammenarbeitens gegen den Krieg und für die Unabhängigkeit der Völker.

Der belgische Ministerpräsident hat beschlossen, daß Belgien beim russisch-polnischen Konflikt bis nach Beendigung der Besprechungen in Rußland neutral bleibe.

Hörfings „Kompetenzüberschreitungen“.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Rufenkamp-Ragdeburg hatte an den Staatskommissar der öffentlichen Ordnung ein Protesttelegramm gegen die Untersuchungsbehörde Hörfings in der Dreigebirgs-Angelegenheit gerichtet und die sofortige Verurteilung eines unparteiischen bewilligtesten Untersuchungsbeamten verlangt. Als wir hören, daß Staatskommissar Dr. Weismann die Entscheidung über den Minister des Innern Geering überlassen, der sich dahin schlüssig gemacht hat, daß die Untersuchung des Beamten, die ein Nichtansehen gegen den Oberpräsidenten bedeutet würde, zu unterbinden hat.

Nach Meldung des B. Z. ist die Vorklage, aus der auf den Regierungsrat Gänßel in Ragdeburg geschlossen wurde, im Garnisonlazarett Ragdeburg gefunden worden. Der Täter ist dagegen noch nicht ermittelt.

Streitigkeiten bei Blohm und Döf.

Die Hamburger Werk von Blohm und Döf hat seit zwei Tage still gelegen. Ueber die Vorgänge, die zur Stilllegung der Werk führten, berichtet das Hamburger Echo: Als die Firma die Frage der Arbeiter-Regelung, ohne eine Betriebslösung damit zu befehlen, vorantrieb, verlangte die Betriebskommission die Entlassung dieser Arbeiter. Die verlangte aber auch, daß sie die durch die Schuld der Firma verursachte Arbeitslosigkeit zu beenden sei. Während die Werk der ersten Forderung nachgab, lehnte sie die zweite ab, worauf erregte Arbeiter in das Direktionsgebäude einbrachen und die anwesenden Direktoren herunterholten. Einige wurden nicht unerheblich verletzt. Die Direktoren, die zu dem Arbeiterratgebäude gebracht wurden, haben die Erklärung ab, daß sie die weiteren Verhandlungen beenden wollten. Nach dieser Vorgang ist den Arbeitern der Zutritt zum Werk gesperrt worden. Die Betriebskommission veranlaßte sich zu einer Beratung im Gewerkschaftshaus. Nach Verhandlungen zwischen der Betriebskommission von Blohm und Döf und dem Arbeiterrat vor dem Demobilisierungskommissar wurde die Wiederaufnahme des Betriebes für Freitag den 20. festgelegt.

widerstehenden Aufteilung des Landes mußte sich die Sowjetregierung abfinden.

Von nun an war die Entwicklung der Bauernschaft zum Privatgrundbesitz nur eine Frage der Zeit. Die Sowjetregierung sah zwar nach dem Siege der mittleren Bauern ein, daß das Grundgesetz über die Sozialisierung des Bodens, wonach auch das ländliche Eigentum an Grund und Boden aufgehoben ist, nur auf dem Papier steht, aber sie wagte es nicht, offen die Strafstrafe ihrer Agrarpolitik auszugeben. Doch die Forderungen des Lebens waren härter als der Wille der Moskauer Herrscher. Und so ließ sich die Sowjetregierung endlich gezwungen, das zu bestätigen, was längst Tatsache war: Am 5. Mai dieses Jahres hat Lenin ein Dekret unterzeichnet, nach welchem neue Verteilungen des Bodens nicht mehr stattfinden können. Die bolschewistische Zeitschrift „Derewnjaja Komuna“ (Dorfkommune) legt dieses Gesetz folgendermaßen aus: „Das neue Dekret festigt die Position des Bauern. ... Ein jeder Bauer muß sich dessen bewußt sein, daß das Land, welches er bebaut, ihm auch für immer gehört. ... Dieses Dekret ist von besonderer Wichtigkeit für den mittleren Bauern, der gehobelt ist, sorgsam und fleißig zu bebauen.“ Nach vor zwei Jahren betrachteten die Volkswirtschaften, deren „Konsequenz“ so überaus gerühmt wird, den mittleren Bauern als Barock, Müllhaufen und Bucherer. Heute ist dieser Bauer ungeschädigt seiner „Kleinbürgerlichen Psychologie“ eine Hauptstütze der Sowjetregie.



